

FORUM

## Sonnenaufgang der Weltgerechtigkeit?

Der Siegeszug des globalen Rechts: Nicht nur bei den Steuern, auch in vielen anderen Rechtsgebieten werden die Grauzonen immer kleiner. *Von Anselm Görres*

Die US-gemachte Finanzkrise wie Europas selbst gemachte Schuldenkrisen bedrohen sozialstaatliche und umweltpolitische Errungenschaften, nicht nur in der EU. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, aber auch ökologische Rückschläge wie der Verfall des Emissionshandels lassen nicht wenige an der Machbarkeit gesellschaftlichen Fortschritts zweifeln.

Doch während Sozial- und Umweltstaat temporär in die Defensive gerieten, sind Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit seit Jahren global auf dem Vormarsch. Neuerdings macht auch die Einhaltung von Wirtschaftsnormen (Compliance) und Steuergesetzen unerwartet rasche Fortschritte. Weltweit werden die rechtsfreien Räume enger. Vielleicht ist es so: Die Wirtschaftskrise erschwert sozialen und ökologischen Fortschritt, aber sie fördert das Durchsetzen von Steuern und strengeren Regeln.

Noch vor wenigen Dekaden herrschten Diktatoren wie Amin, Ceausescu, Franco, Gaddafi, Hussein, Marcos, Pinochet, Pol Pot, Somoza, Videla oder die griechischen Obristen. Osteuropa lebte unter dem Sowjetstern. Die meisten Gewaltherrscher sind weg. Zahlreiche Diktaturen wurden zu Demokratien. Bei der Ächtung von Menschenrechtsverletzungen und Völkermord gibt es beachtliche Fortschritte. In der Debatte um Souveränität versus Intervention zeichnet sich eine komplette Umkehr der Rechtslage

ab. Seit Hugo Grotius galt Souveränität als höchstes Rechtsgut im Völkerrecht. Jedem Staat blieb es völkerrechtlich freigestellt, seine Bewohner zu foltern, zu versklaven, in Leibeigenschaft zu halten oder als Soldaten ins Ausland zu verkaufen. Heute lassen die Mehrheit der Staaten und Völkerrechtler bei massiven Menschenrechtsverletzungen (wie Völkermord oder Vertreibung) kein Interventionsverbot mehr gelten. Debattiert wird eher, ob eine Pflicht zum Eingriff besteht. Die Lehren von Treblinka, Ruanda oder Srebrenica wirken. Auch die USA unterstützen inzwischen das Weltstrafgericht.

Große Erfolge gibt es auch im Kampf gegen Diskriminierungen, insbesondere bei sexuellen Minderheiten. Nicht nur England, Frankreich und viele US-Staaten, auch Argentinien, Südafrika, Nepal oder Neuseeland legalisierten die Homo-Ehe. Bei uns werden die letzten Diskriminierungen bald fallen. Über kurz oder lang dürften sich diskriminierte Minderheiten, auch ethnische oder religiöse, selbst in autoritären Staaten

und repressiven Kulturen zunächst das Ende heutiger Verfolgung, später vielleicht auch volle Gleichberechtigung erkämpfen.

Bei der Sicherung elementarer Arbeitsschutzrechte herrscht in vielen Ländern noch Frühkapitalismus. Es fehlt am Recht auf sichere Arbeitsplätze, an Verboten für Kinderarbeit oder exzessive Arbeitszeiten, an Streikrecht, Gewerkschaften oder Betriebsräten. Elend und Ausbeutung wie bei uns vor 200 Jahren! Doch heute weiß selbst der Ärmste der Armen, ob in Bangladesch oder im Inneren Chinas, dass es anderswo funktionierende Arbeitsrechte, legale Gewerkschaften und starke Sozialstaaten gibt.

Dies ist nicht der einzige Unterschied. Europas frühe Arbeiterbewegungen und Sozialreformer hatten kaum ausländische Vorbilder. Die Armen von heute haben internationale Regelwerke sowie die Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite. Gerade weil Großkonzerne die meisten Exportaufträge nach Asien oder Südamerika vergeben, können Bürger und Konsumenten in

den reichen Importländern über Medien und Politik immer mehr Druck für strengere Regeln aufbauen. Was man Kik noch durchgehen ließ, würde man Adidas nicht verzeihen.

Zum Siegeszug weltweiter Rechtsstaatlichkeit gehört nicht nur der Schutz der Bürger vor staatlicher oder wirtschaftlicher Übermacht. Auch Staaten brauchen Fortschritte bei der Durchsetzbarkeit ihrer Regeln und Steueransprüche gegenüber Firmen und reichen Privaten. In den vergangenen Jahren kam es hier zu spürbaren Verbesserungen. Überall werden staatliche Gebote oder Verbote verschärft, ob beim Bann der Bestechung, mit strengeren Bankenregeln oder durch Professionalisierung ineffizienter Verwaltungen. Große Aktiengesellschaften bekommen Compliance-Vorstände, schlecht regierte Staaten Ratschläge für bessere Governance.

Seit Jahren gibt es Bestrebungen zur Stärkung der internationalen Steuergerechtigkeit, etwa über einen OECD-Kodex. Der Auf-

kauf von Steuer-CDs erhöht die Aufmerksamkeit. Doch der vielleicht größte Schub ist von den jüngsten Enthüllungen (auch der SZ) über internationale Steuerparadiese zu erhoffen. 100 000 Megareiche sollen dort 10 Billionen Dollar verstecken, das entspricht einem Siebtel des Welt-BIP. Hier zeichnen sich bisher undenkbar Fortschritte ab. Liechtenstein und Luxemburg wollen keine Schwarzgeldhorte mehr sein.

Was treibt diese erfreulichen Entwicklungen an? Vorweg das Internet mit seiner Transparenz, auch in Staaten, die den Informationsaustausch beschneiden wollen. Sodann die Globalisierung, die nicht nur den Warenaustausch immens vermehrt, sondern mit dem Handel auch Wandel fördert. Und sei es in billigen Soap Operas: Mehr und mehr Menschen in armen Ländern sehen, wie Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaat zusammenhängen. Der Reformdruck steigt, auch in Diktaturen. Die Empörung über Steuerparadiese sowie die in der Krise explodierte Staatsverschuldung zwingen selbst konservative Regierungen, mit dem bisherigen Augenzwinkern bei Steuerflucht Schluss zu machen.

Zwei Faktoren werden unterschätzt, nämlich die Eigendynamik des Rechts und die Kraft der Aufklärung. Große Prinzipien und Normdeklarationen – wie etwa die Menschenrechte – finden den Weg in nationale Gesetze oder die tägliche Rechtspraxis zwar

nicht unmittelbar. Aber mit der Zeit diffundieren sie doch.

Und darf man nicht auch auf die Kraft der Aufklärung setzen, auf unsere Fähigkeit, selbst verschuldete Unmündigkeit zu überwinden? Vielleicht geht sie am Ende doch auf in unserer Zeit, die Sonne der Gerechtigkeit, wie das wehmütige Kirchenlied es verheißt. In dieser Dekade kann die Universalisierung von Menschenrechten, aber auch Bürgerpflichten große Fortschritte machen. Deutschland und Europa könnten dabei viel mutiger mitwirken. Das Besteuern der versteckten Schwarzgeldbilanzen wäre ein Sieg des Rechtsstaats.



Die Debatte um Steuerbeitrag und -vermeidung hat eine Botschaft: Jeder muss zahlen, in der Ära der Compliance gibt keine rechtsfreien Räume mehr. Unser Autor beschreibt den Siegeszug des Rechtsstaats.

Anselm Görres ist promovierter Volkswirt, ehemaliger McKinsey-Berater und Unternehmer in München. Er ist Mitgründer und Vorsitzender des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und von Green Budget Europe. Sein Anliegen ist eine nachhaltigere Marktwirtschaft. FOTO: DPA